

3003/AB
vom 02.10.2020 zu 3003/J (XXVII. GP)
Bundesministerium bmdw.gv.at
 Digitalisierung und
 Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Dr. Margarete Schramböck
 Bundesministerin für Digitalisierung und
 Wirtschaftsstandort

buero.schramboeck@bmdw.gv.at
 Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.504.245

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)3003/J-NR/2020

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3003/J betreffend "Nord Stream Sanktionen", welche die Abgeordneten Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen am 4. August 2020 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 8 der Anfrage:

1. *Österreich ist durch die OMV an Nord Stream beteiligt. Welche Sanktionen haben die USA den OMV in Aussicht gestellt? Welche Kosten sind durch Sanktionen zu erwarten?*
2. *Welche anderen österreichischen Unternehmen wären von U.S. Sanktionen gegen Nord Stream betroffen?*
3. *Welche Maßnahmen müssen die OMV und andere österreichische Unternehmen befürchten?*
4. *Die deutsche Bundesregierung hat sich bereits gegen „völkerrechtswidrige, extra-territoriale Sanktionen“ verwehrt. Hat Österreich bereits eine Stellungnahme zu den Androhungen solcher abgegeben, oder wird die Bundesregierung dies tun?*
5. *Welche konkreten Maßnahmen trifft die Bundesregierung zum Schutz österreichischer Interessen und der Interessen österreichischer Unternehmen am U.S.- und am Weltmarkt?*
6. *Ist ein gemeinsames europäisches Vorgehen geplant?

 - a. *Welche Vorschläge wird die Bundesregierung in Brüssel machen, um europäische und spezifisch österreichische Interessen gegenüber den USA einheitlich als Europäische Union zu vertreten?**
7. *Die U.S. Kritik an Nord Stream bezieht sich auf (i) die steigende Energieabhängigkeit Europas von Russland, und (ii) die negativen Auswirkungen auf die Ukraine im Streit*

mit Russland, da nun russisches Erdgas die Ukraine nicht mehr durchqueren muss. Ungeachtet der Frage der Rechtmäßigkeit der U.S. Sanktionen in diesem Fall:

- a. Wie ernst nimmt die österreichische Bundesregierung die Abhängigkeit von Russland, vor allem in Hinsicht auf eine Sanktionspolitik Europas gegenüber Russland für dessen aggressives Verhalten in der Ukraine, in Syrien und anderen Teilen der Welt, die Russland als seine Einflusssphäre betrachtet?*
 - b. Welchen Einfluss hat die neue russische Verfassung, die Vladimir Putin weitreichende neue Macht einräumt, auf das Bedrohungsszenario gegenüber Russland, speziell was Erpressbarkeit wegen Energie angeht?*
 - c. Die U.S. Sanktionen bringen Europa nun in ein noch stärkeres Abhängigkeitsverhältnis zu Russland. Gibt es Möglichkeiten, diese Abhängigkeit abzufedern?*
- 8. Sollten die Sanktionen die Fertigstellung von Nord Stream tatsächlich verhindern oder signifikant verzögern, hat die Bundesregierung einen Alternativplan zur Sicherstellung der Energieversorgung?*

Diese Anfrage betrifft keinen Gegenstand der Vollziehung des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort.

Wien, am 2. Oktober 2020

Dr. Margarete Schramböck

Elektronisch gefertigt

